

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – August 2017

Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	1
EU-Institutionen diskutieren Vereinbarkeitspaket	1
Neues EU-Schulprogramm zur Förderung gesunder Essgewohnheiten.....	1
Öffentliche Konsultation zur Erhebung von Fingerabdrücken bei Visa für Kinder.....	1
Öffentliche Konsultation für eine gerechtere Lebensmittelkette.....	1
Nachrichten aus den europäischen Staaten	2
Schweiz: Volksinitiative für Vaterschaftsurlaub erfolgreich	2
Estland reformiert Elternurlaub.....	2
Island will Familien besser mit Wohnraum versorgen.....	2
Schweden: Bildungserfolg unabhängig von familiärer Herkunft machen	3
Weitere Nachrichten	3
Öffentliche Konsultation: Europarat will Kinderschutz in digitalen Umgebungen stärken	3
Berichte und Studien.....	3
„In Kinder investieren“ – EU-Think tank untersucht Fortschritte der Kommissionsempfehlung.....	3
Eurofound-Papier „Work-life balance and flexible working arrangements in the European Union“	4
EHAP-Bericht: Fonds half im Jahr 2015 14 Millionen Menschen.....	4
Bewährte Praktiken für Sozialunternehmen – gemeinsamer Bericht der Kommission und der OECD.....	5
Sozial Agenda Nr. 48: Soziale Säule und Vereinbarkeit von Beruf und Familie.....	5
Kurzbericht: Aktueller Stand und Entwicklungen der LGBTI-Politik in Europa.....	5
Überblicksbericht: Elternurlaube im internationalen Vergleich.....	5
Bevorstehende Veranstaltungen.....	6

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Institutionen diskutieren Vereinbarkeitspaket

Auf dem informellen Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) fiel am 19. Juli in Tallinn der Startschuss für die Beratungen des Vereinbarkeitspakets, das die Kommission im April vorgelegt hatte (vgl. EuropaNews [4/2017](#)). Estland, das aktuell den Ratsvorsitz innehat, und die beiden folgenden Staaten Bulgarien und Österreich unterzeichneten aus diesem Anlass eine Trio-Erklärung darüber, wie diese drei Ratspräsidentschaften die Chancengleichheit von Männern und Frauen in Europa fördern wollen. Die Erklärung soll die Priorität betonen, die dem Thema zugesprochen wird. Das Vereinbarkeitspaket wird auch die parlamentarischen Ausschüsse beschäftigen, die im September nach der Sommerpause ihre Beratungen wiederaufnehmen. Auch vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) sowie vom Ausschuss der Regionen (AdR) werden im Herbst Stellungnahmen erwartet.

Das Vereinbarkeitspaket der EU-Kommission fasst mehrere gesetzliche und nicht-gesetzliche Maßnahmen zusammen, die die europäische Vereinbarkeitspolitik modernisieren, eine bessere Work-Life-Balance für Frauen und Männer mit Betreuungs- oder Pflegeverantwortung ermöglichen sowie eine gleichberechtigtere Teilhabe an beruflichen Auszeiten und flexiblen Arbeitszeitarangements befördern sollen. Das Paket enthält einige neue oder höhere Mindeststandards für Eltern-, Vaterschafts- und Pflegeurlaub. Dazu gehört das neue Recht für Väter, im Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes mindestens zehn Arbeitstage Urlaub zu nehmen.

Neues EU-Schulprogramm zur Förderung gesunder Essgewohnheiten

Am 1. August startete ein neues EU-Schulprogramm zur Förderung gesunder Essgewohnheiten, das die bisherigen Schulprogramme in diesem Bereich zusammenführt. In den teilnehmenden Schulen werden Obst, Gemüse und Milcherzeugnisse verteilt und ein spezielles Bildungsprogramm initiiert. Das Bildungsprogramm soll darauf abzielen, den Schülerinnen und Schülern die Bedeutung einer gesunden Ernährung zu vermitteln und ihnen zu erläutern, auf welche Weise Nahrungsmittel erzeugt werden. Die Mitgliedstaaten können selbst entscheiden, wie sie das Programm umsetzen und z. B. begleitende thematische pädagogische Maßnahmen oder andere landwirtschaftliche Erzeugnisse in das Programm einbeziehen.

Öffentliche Konsultation zur Erhebung von Fingerabdrücken bei Visa für Kinder

Bis zum 9. November 2017 können Interessierte und Stakeholder an einer öffentlichen Konsultation der EU-Kommission teilnehmen, die im Zusammenhang mit der Revision des Visa-Informationssystems des Schengenraums steht. Konkret geht es um die Absenkung des Alters, ab dem Kinder für ein Visum ihre Fingerabdrücke abgeben müssen. Bisher liegt die Altersgrenze bei 12 Jahren. Diskutiert wird eine Herabsetzung auf 6 Jahre, um Kinder besser vor Menschenhandel und Ausbeutung zu schützen. Die Konsultation soll dazu beitragen, die Angemessenheit der Maßnahme abzuwägen.

➤ [Zur Konsultation](#) 

Öffentliche Konsultation für eine gerechtere Lebensmittelkette

Die Europäische Kommission hat am 16. August eine EU-weite öffentliche Konsultation zu den Fragen gestartet, wie fair die Lebensmittelversorgungskette und in welchem Maße Markttransparenz in der EU gegeben ist. Die Kommission sieht Hinweise darauf, dass die Wertschöpfung nicht auf allen Stufen der Kette

gerecht verteilt ist – insbesondere nicht für Landwirte und kleinere Unternehmen. Landwirte, Bürger und andere interessierte Kreise sind aufgefordert, sich im Rahmen einer Online-Konsultation bis zum 17. November 2017 zum Funktionieren der Lebensmittelversorgungskette zu äußern.

- [Zur Konsultation](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweiz: Volksinitiative für Vaterschaftsurlaub erfolgreich

Nachdem im April 2016 ein Gesetzesvorhaben, das einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub ermöglichen sollte, in der schweizerischen Bundesversammlung gescheitert war, hatte der Gewerkschaftsdachverband Travail.Suisse zusammen mit den Verbänden männer.ch, Alliance F und Pro Familia eine Volksinitiative für einen „Papiurlaub“ von vier Wochen gestartet. Bisher gibt es für Väter keine geregelte Auszeit anlässlich der Geburt eines Kindes, für Mütter stehen 14 Wochen Mutterschaftsurlaub zur Verfügung. Die Volksinitiative ist ein Instrument der direkten Demokratie in der Schweiz. Für einen Erfolg mussten innerhalb von 18 Monaten 100.000 Unterschriften gesammelt werden. Die Prüfung der am 4. Juli 2017 eingereichten Unterschriftenlisten hat nun ergeben, dass von insgesamt 107 455 eingereichten Unterschriften 107 075 gültig sind. Damit ist die eidgenössische Volksinitiative „Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie“ formell zustande gekommen. Sie muss nun innerhalb eines Jahres vom Bundesrat beraten werden.

Estland reformiert Elternurlaub

Die estnische Regierung plant eine Reihe von familienpolitischen Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit verbessern sollen. Sie zielen insbesondere darauf ab, die Väter stärker in die Familienarbeit einzubinden. Obwohl die Einkommensersatzleistungen in Estland in den ersten anderthalb Jahren nach der Geburt eines Kindes bis zu 100 Prozent des zuvor erzielten Einkommens betragen, beläuft sich die Inanspruchnahme durch Männer auf lediglich etwa 10 Prozent. Dies wird auch damit erklärt, dass die Regelungen nicht flexibel genug sind. Zukünftig sollen deshalb Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung besser miteinander vereinbar sein. Zu diesem Zweck soll es beispielsweise möglich werden, den Elterngeldbezug von anderthalb auf drei Jahre auszudehnen (bei gleicher Gesamt-Leistungshöhe). Eltern sollen auch anders als bisher gleichzeitig Elternurlaub nehmen können. Geplant ist außerdem ein nichtübertragbarer Vatermonat.

- [Flash Report 2017/62 des Europäischen Netzwerks für Sozialpolitik \(ESPN\)](#)  

Island will Familien besser mit Wohnraum versorgen

Die isländische Regierung kündigte vor kurzem Maßnahmen an, um Angebot und Nachfrage nach Familienwohnraum besser auszubalancieren. Dies soll durch weniger Regulierung, höhere Anreize und mehr Unterstützung für Erstkäufer erreicht werden. Auch wenn das Angebot an Wohnraum für Familien wieder steigen sollte, blieben die hohen Preise wohl weiterhin ein Problem für viele Familien.

- [Flash Report 2017/59 des Europäischen Netzwerks für Sozialpolitik \(ESPN\)](#)  

Schweden: Bildungserfolg unabhängig von familiärer Herkunft machen

Nachdem Schweden in den PISA-Erhebungen der OECD in den letzten Jahren dauerhaft schlechter abschnitt und sich herausstellte, dass der familiäre Hintergrund für die Lernleistungen von Schülern und Schülerinnen an Bedeutung gewann, hat eine Kommission der schwedischen Regierung eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, um diesem Trend zu begegnen. Die zwei meistdiskutierten lauten: Anstelle der Wohnortnähe sollte in Zukunft eine Art Lotterie über die Zuweisung von Schulplätzen entscheiden, um die soziale Durchmischung der Schulen zu fördern. Das sozioökonomische Profil einer Schule sollte dann den Maßstab dafür liefern, wie viele Mittel den Schulen zugestanden werden, damit sie den damit einhergehenden Herausforderungen besser gerecht werden können.

- [Flash Report 2017/66 des Europäischen Netzwerks für Sozialpolitik \(ESPN\)](#)  

Weitere Nachrichten

Öffentliche Konsultation: Europarat will Kinderschutz in digitalen Umgebungen stärken

Der Europaratsausschuss für die Rechte des Kindes hat einen Entwurf vorgelegt, der neue Richtlinien für die Mitgliedstaaten des Europarats formuliert, die den Schutz und die Gewährleistung von Kinderrechten in digitalen Umgebungen betreffen. Die Richtlinien sind Teil der Europaratsstrategie für die Rechte des Kindes für den Zeitraum 2016-2021, die sich fünf thematischen Schwerpunkten widmet, von denen einer lautet: *Rechte des Kindes im digitalen Umfeld: Förderung von kreativem, kritischem und sicherem Umgang mit dem Internet*. Die Mitgliedstaaten seien aufgefordert, Kindern eine kreative, kritische und sichere Nutzung des Internets zu ermöglichen und gleichzeitig ihr Recht auf Schutz der Privatsphäre, Schutz vor Mobbing, Hate Speech, Radikalisierung, sexuellem Missbrauch und anderen Risiken der digitalen Welt sicherzustellen. Bis zum 4. September besteht die Möglichkeit, diesen Entwurf zu kommentieren. Der Entwurf liegt als *word*-Dokument vor, Kommentare können auf englisch oder französisch im Überarbeitungsmodus abgegeben und dann per E-Mail direkt an das Ausschussekretariat (children@coe.int) geschickt werden.

- [Zum Entwurf](#)  

Berichte und Studien

„In Kinder investieren“ – EU-Think tank untersucht Fortschritte der Kommissionsempfehlung

Die EU-Kommission arbeitet seit mehreren Monaten an einer Bestandsaufnahme zur Empfehlung „In Kinder investieren: den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“ (vgl. EuropaNews [5/2017](#)). In diesem Zusammenhang hatte die EU-Kommission ihren Think Tank ESPN (Europäisches Netzwerk für Sozialpolitik) beauftragt, Einzelberichte zu den Fortschritten bei der Umsetzung der Empfehlung in den EU-Mitgliedstaaten zu erarbeiten. Die Einzelberichte für die 28 EU-Mitgliedstaaten sowie sieben weitere europäische Staaten liegen nun online vor. Darüber hinaus hat das Netzwerk einen Synthesebericht veröffentlicht, der die Ergebnisse zusammenführt und so einen Überblick über die Situation in der EU bietet. Daraus haben die Expert/innen Empfehlungen für die weitere Umsetzung abgeleitet unter besonderer Berücksichtigung der Europäischen Säule sozialer Rechte und deren Prinzipien, die sich auf die Rechte von Kindern und Familien beziehen. Der Bericht enthält außerdem einen umfangreichen Anhang mit Daten, auf die sich die Analysen stützen.

Zusammengefasst lautet die Einschätzung des Syntheseberichts, dass die Fortschritte der Mitgliedstaaten als bescheiden zu bezeichnen seien. Lediglich vier Staaten hätten bemerkenswerte Anstrengungen unternommen, ihre Politiken in Einklang mit der Kommissionsempfehlung weiterzuentwickeln. Weitere acht Staaten hätten Schritte in die richtige Richtung unternommen. Anzuerkennen sei, dass diejenigen Staaten, die bereits vor 2013 über einen hohen Standard an Regelungen und eine niedrige Kinderarmutsquote verfügten, dieses Level aufrechterhalten hätten. Demgegenüber hätten jedoch gerade die Länder mit hohen und sehr hohen Kinderarmutsquoten die geringsten Fortschritte zu verzeichnen. Einige wenige hätten sogar Rückschritte gemacht. Die insgesamt in der EU relativ stabil bleibende Quote an Kindern, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, lag 2015 bei 27 Prozent. Besorgnis erregend sei daneben die große Schere zwischen den zehn Staaten, die am besten (14-20 Prozent), und den sieben Staaten, die am schlechtesten abschneiden (36-58 Prozent).

Die Empfehlung „In Kinder investieren: den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“ aus dem Jahr 2013 forderte die EU-Mitgliedstaaten auf, einen integrierten Ansatz bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung von Kindern zu verfolgen. Die Kommission hatte dafür drei tragende Säulen identifiziert sowie mit Maßnahmen unterfüttert: Erstens, den Zugang zu ausreichenden Ressourcen, zweitens, den Zugang zu bezahlbaren Dienstleistungen und drittens, das Recht von Kindern auf Teilhabe.

- [Zu den Länderberichten](#) 
- [Zum Synthesebericht](#)  

Eurofound-Papier „Work-life balance and flexible working arrangements in the European Union“

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hatte für den informellen EU-Rat zu Beschäftigung und Sozialen Angelegenheiten, der im Juli 2017 in Tallinn stattfand, ein Hintergrundpapier zu den Themen Work-life-Balance und flexiblen Arbeitsarrangements in der EU erstellt. Das Papier ist nun online verfügbar und bietet eine Reihe von statistischen Daten zur Arbeitssituation von Eltern in Europa.

- [Zum Papier](#) 

EHAP-Bericht: Fonds half im Jahr 2015 14 Millionen Menschen

Die EU-Kommission hat Ende Juli ihren Bericht über den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) im Jahr 2015 vorgelegt. Der EHAP bietet durch Bereitstellung von Essen und grundlegenden Gütern wie Bekleidung, Schuhe und Hygieneartikel den am stärksten benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft Unterstützung und organisiert auch Aktivitäten zur sozialen Eingliederung. Der EHAP finanzierte 2015 die Verteilung von über 400 000 Tonnen Nahrungsmitteln. Schätzungen zufolge trug der EHAP im Jahr 2015 teilweise oder gänzlich zur Bereitstellung von 47 Millionen Mahlzeiten bei. In drei Ländern wurden auch Schulmaterialien und Hygieneartikel verteilt. Es wird geschätzt, dass mehr als 14 Millionen Menschen von der Nahrungsmittelhilfe des EHAP profitieren konnten. Rund 30 Prozent der Endempfänger waren den Schätzungen zufolge Kinder im Alter von bis zu 15 Jahren und 10 Prozent Menschen im Alter von 65 Jahren oder älter. Deutschland gehört zu einer Gruppe von Ländern, die weder Lebensmittel noch Produkte für grundlegende Bedürfnisse ausgeben, sondern sich auf Maßnahmen zur sozialen Inklusion beschränken. Diese zielen auf Einwandernde aus EU-Mitgliedstaaten sowie auf Obdachlosen oder von Obdachlosigkeit bedrohte Personen. In einer ersten Ausschreibungsrunde gingen beim deutschen Begleitausschuss 2015 insgesamt 191 Projektvorschläge ein, von denen 88 ausgewählt wurden.

- [Zum Bericht](#)  

Bewährte Praktiken für Sozialunternehmen – gemeinsamer Bericht der Kommission und der OECD

EU-Kommission und OECD haben gemeinsam den Bericht „Boosting social enterprise development – Good Practice compendium“ (Stärkung der Entwicklung von Sozialunternehmen – Überblick über bewährte Praktiken) veröffentlicht. Auf der Grundlage zahlreicher Praxisbeispiele werden darin konkrete Empfehlungen für politische Entscheidungsträger formuliert, die die Förderung von Sozialunternehmen stärken können. Sie reichen von der Sensibilisierung und Stärkung des Bewusstseins für das Wesen von Sozialunternehmen und den von ihnen gelieferten Mehrwert bis hin zur Erschließung und Gewinnung von Finanzierungen, die den besonderen Bedürfnissen der Sozialunternehmen entsprechen. Denn Sozialunternehmen könnten ihr ganzes Potential für die Gesellschaft nur dann ausschöpfen, wenn es das richtige förderliche Umfeld gebe, das ihnen ein *Start-up*, *Scale-up* und eine Entfaltung ermöglicht.

➤ [Zum Bericht](#) 

Sozial Agenda Nr. 48: Soziale Säule und Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die neuste Ausgabe der Sozial Agenda, dem Magazin der Europäischen Kommission für Beschäftigung und Soziales, widmet sich der Frage, was die europäische Säule sozialer Rechte in der Praxis konkret bedeutet. Es wird beispielsweise beleuchtet, inwiefern die Säule als Referenzrahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben dient. In anderen Beiträgen geht es darum, durch welche Vorschläge die Kommission für eine gerechtere und leichtere Freizügigkeit innerhalb der EU sorgen möchte oder wie die Vorschriften über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf der Arbeitsebene wirkungsvoller sein können. Die Ausgabe enthält auch einen Bericht, wie es Spanien angesichts der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit gelang, die Koordination zwischen der öffentlichen Arbeitsverwaltung und den Sozialeinrichtungen zu verbessern.

➤ [Zur Sozial Agenda Nr. 48](#)

Kurzbericht: Aktueller Stand und Entwicklungen der LGBTI-Politik in Europa

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa hat eine Kurzepertise verfasst, die einen Überblick über den aktuellen Stand und über die Entwicklung der LGBTI-Politik in Europa bietet. Dabei werden insbesondere auch die Regelungen betrachtet, die das Familienleben betreffen.

➤ [Zur Kurzepertise](#) 

Überblicksbericht: Elternurlaube im internationalen Vergleich

Das *International Network on Leave Policies and Research* befasst sich mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen, die Auszeiten von der Erwerbstätigkeit regeln, um sich um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu kümmern. Der 2017er Bericht des Netzwerks gibt einen Überblick über die Situation in 42 Staaten weltweit und führt diese in tabellarischer Übersicht vergleichend zusammen.

➤ [Zum Bericht](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
7. September 2017 Brüssel, Belgien	ESF ohne Grenzen – Möglichkeiten transnationaler Projektförderung im Europäischen Sozialfonds	Diakonie, BAG EJSA, Caritas
11. Sep. 2017 Brüssel, Belgien	European Pillar of Social Rights – Public Hearing	EWSA
21.-22. Sep. 2017 Mailand, Italien	The Family Impact Lens: A family-focused approach for policies and practices	International Center for Family Studies, Milan
1.-4. Okt. 2017 Den Haag, Niederlande	15th International Society for the Prevention of Child Abuse and Neglect (ISPCAN) European Regional Conference	ISPCAN Europe
5.-7. Okt. 2017 Antwerpen, Belgien	15th Meeting of the European Network for the Sociological and Demographic Study of Divorce	Research Centre for Longitudinal and Life Course Studies
10. Okt. 2017 Brüssel, Belgien	Conference: Together for an Equal Europe – Celebrating Equinet's 10th Anniversary	Equinet
12. Okt. 2017 Brüssel, Belgien	Tackling Childhood Obesity in Europe through Awareness and Prevention	Public Policy Exchange
13. Okt. 2017 Riga, Lettland	Coordination of family benefits, unemployment benefits and the application of coordination rules in case of posted workers	FreSsco Network
20.-21. Okt. 2017 Lodz, Polen	Social Innovations For Children And Youth: Research And Practice	Universität Lodz
25.-26. Okt. 2017 Göteborg, Schweden	EUROCITIES Social Affairs Forum	EUROCITIES
27. Okt. 2017 Zagreb, Kroatien	Recent developments and proposed changes in the area of posting and family benefits' coordination	FreSsco Network
1.-4. Nov. 2017 Valetta, Malta	International Foster Care Organisation (IFCO) World Conference	IFCO
4. Nov. 2017 Luxemburg, Luxemburg	Common social values and principles & social governance	EWSA
9.-11. Nov. 2017 Wien, Österreich	5. Europäischer Fachkongress für Familienforschung: Familie - Bildung - Migration	BiB, ifb, ÖIF
14.-15. Nov. 2017 Dublin, Irland	Converging economies, diverging societies? Upward convergence in the EU - Foundation Forum 2017	Eurofound
23.-24. Nov. 2017 Pamplona, Spanien	Towards an effective implementation of community based services in child care	FICE Spain
27.-28. Nov. 2017 Lissabon, Portugal	High level conference - Opening up to an ERA of Social Innovation	EU-Kommission

14.-15. Dez. 2017 Lausanne, Schweiz	Family dynamics and the changing landscape of shared custody in Europe	NCCR LIVES
7.-9. Feb. 2018 Valletta, Malta	Couple Relationships in the 21st Century: Evolving Contexts and Emergent Meanings	ICCFR, PFWs
6.-9. Juni 2018 Brüssel, Belgien	European Population Conference	European Association for Population Studies

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
 E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
 Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

